

Die Ameise.



Immer strebe zum Ganzen! Und kañst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schliesst an ein Ganzes Dich an!

Organ des Verbandes der Porzellan- u. verwand. Arbeiter beiderl. Geschl.

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,00 Mark für 1 Exemplar, bei Bezug von mehr Exemplaren unter einer Adresse je 1,50 Mark, Postzeitungsnummer 285. Insertionsgebühre für die Petitzeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Vorauszahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind an den Verbandskassier W. Herden zu richten. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Technische und sozialpolitische Artikel werden gegen Honorar entgegengenommen. Redaktion: A. Jahn, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.

Nr. 32.

Charlottenburg, den 8. August 1902.

29. Jahrg.

Bekanntmachung!

Ganz gesperrt und den Mitgliedern zur besonderen Beachtung empfohlen sind folgende Orte: Berlin (Mantl, Bergmannstr. 110), Mannheim-Räferthal (Rheinische Porzellanfabrik W. Sterner), Neustadt bei Coburg (Porzellanfabriken Gebr. Knoch und Heberu. Co.), Selb (Heinrich Hertel), Stadtlengsfeld (Firma Schweizer), Stöckheim bei Gusslich (Porzellanfabrik Selb's), Zillowitz (gräßl. Frankenberg'sche Fabrik), Neudorf in Westf. (Firma Grefel u. Co.).
Der Vorstand.

Die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital.

Keinem Geringeren als Carl Marx und seinem unentwegten Mitstreiter Friedrich Engels war es vorbehalten, den alten Bourgeoischwanzel von der „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit an Beispielen aus der vielgerühmten englischen Industrie in seiner Hinsichtigkeit nachzuweisen.

Lange Zeit suchten die Dintenknechte des Gelbsacks die Enthüllungen dieser beiden Vorkämpfer des Proletariats als „Uebertreibungen“ darzustellen, sie beglückwünschten die englischen Arbeiter zu ihrer „Besonnenheit und Einsicht“ und hielten sie den rebellischen Proletariern der anderen Länder als Musterbilder vor. — Doch die Natur läßt sich nicht mit Knütteln totschlagen, die Rake läßt das mausen nicht, das hat sich auch jenseits des Kanals gezeigt; moß der kapitalistische Vater den Arbeiter auch zeitweise mit Sammetpfötchen anfassen, immer wieder kommen die Krallen zum Vorschein. Grade jene englischen Arbeiter, die sich so lange abseits der allgemeinen proletarischen Bewegung gehalten haben, auch ihnen sind die Augen aufgegangen. — Sie haben, dank ihrer hohen Intelligenz, endlich eingesehen, daß auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsweise eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital, unmöglich ist.

Auch die englischen Arbeiter haben das kapitalistische Harmoniemärchen in seiner Verlogenheit durchschaut, sie haben die wahre Natur der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, das innerste Wesen des wirtschaftlichen Kampfes, basirt auf dem „freien Spiel der Kräfte“ noch rechtzeitig erkannt. — Man kann eben nicht

Wasser in alten Schläuchen sammeln. Alle Dintenknechte im kapitalistischen Solde, sie können diese „alten Schläuche“ nicht mehr dicht machen; mögen sie Tag und Nacht sticheln. — Mühe genug geben sich ja diese Kapstraten, diese Eunuchen des kapitalistischen Harems, um die Harmonie zwischen denen, welche nur genießen und denen, welche für den Genuß sorgen, wieder herzustellen, aber es ist umsonst. — Unter den obwaltenden Umständen ist keine Harmonie von Dauer. —

Der Pascha will seine Haremsdamen zu ehelichen Weibern machen mit gleichen Rechten, doch er bleibt Herr des Harems. Der Fabrikpasha will seine Arbeiter zu Theilhabern erheben, aber — er bleibt Herr der Fabrik, er behält das Recht, den unlieblichen Theilhaber jeden Augenblick auf Nimmerwiedersehen zu entfernen, seiner Rechte verlustig zu erklären; das Schwert des Damokles, es hängt über dem Haupte eines jeden derartigen Theilhabers. —

Die Bestrebungen der englischen Kapitalisten sind bekannt, ebenso die eines Schulze-Delisch und Genossen, welche die Harmonie der Vateressen fanatischer predigten, als die Wiedertäufer seinerzeit unter Johanna Bockelohn in Münster. Vergessen sei hier auch nicht der Franzose Bastiat, welchen Passalle in seiner Broschüre „Herr Bastiat-Schulze“ so glänzend abgeführt hat. Trotz ihrer Unhaltbarkeit tauchen die Ideen von der Harmonie zwischen „Kapital und Arbeit“ immer wieder vor Neuem auf. — So hat man in Wien vor einiger Zeit wieder eine eigene Idee entwickelt, um Versöhnung zwischen den Faktoren der Produktion herbeizuführen. In einem Vortrage, welcher von einem früheren österreichischen Finanzminister vor einem großen Auditorium von Unternehmern gehalten wurde, unterbreitete der Redner seinen Hörern einen Vorschlag, welcher dahin ging, die Arbeiter der Großindustrie sämmtlich als Beamte anzustellen. — Die Arbeiter sollen nach diesem Vorschlage die gleiche Stellung erhalten, wie sie die verschiedenen Beamten bereits besitzen, d. h. ihre Stellung soll unkündbar, sowie mit einem mit den Dienstjahren steigenden Einkommen verbunden sein, auch Pensionsberechtigung ist vorgesehen. „Das wäre ja prächtig!“ — wird Mancher rufen, und in der That, die Idee hat etwas verlockendes, denn es ist gewiß einer der

quälendsten Gedanken für den Arbeiter, daß selbst das miserabelste Einkommen, mit welchem wir das Leben fristen, meistens kein gesichertes ist. Viele von uns beneiden den Beamten und nun sollen mit einmal alle Arbeiter Beamte werden. — Doch nein! Nur die Arbeiter der Großbetriebe — und das giebt zu denken. —

„Es ist nicht alles Gold, was glänzt“, am wenigsten aber ist es die Fürsorge, welche die Privatkapitalisten ihren Arbeitern widmen. Ueberall sieht man den Pferdefuß — so auch hier. Dr. Steinbach, der Vater dieses Gedankens, ist ein in Oesterreich als stark Merkmal angehauchter konservativer Sozialpolitiker bekannt, dies dürfte schon genügen, um diesem Vorschlage, einer kapitalistischen Vereinigung gegenüber, mit einem gelinden Mißtrauen zu begegnen. Die Motive zu seinem Vorschlage mögen ja gute und edle sein, zumal da Dr. Steinbach in seinem Vortrage betonte, daß es notwendig sei, die Reibungsflächen zwischen Kapital und Arbeit zu vermindern; trotzdem ist dieser Weg, eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wieder herzustellen, nicht gangbarer, als alle die früheren Wege, welche uns die Volksbeglucker vom Schlage eines „Schulze-Delisch“ gewiesen. — „Devide et impera“, dies alte römische Sprüchwort — zu deutsch „Theile und herrsche“ — scheint auch hier wieder zur Geltung kommen zu sollen; man will einen Keil zwischen die Arbeiterschaft treiben; man will privilegierte und nichtprivilegierte Arbeiter schaffen. — Man will die eine Hälfte der Arbeiter aufnehmen, um sie gegen die andere Hälfte als Trumpf auszuspielen.

Eine Anzahl Arbeiter wird herausgegriffen, erhält eine privilegierte Stellung, gleich den heutigen Militärwärtern und wird damit den Interessen aller übrigen Proletarier entfremdet. — Auf diese Art würden dann zwei Kategorien von Arbeitern geschaffen werden; auf der einen Seite die Plebsler, die Parasiten der Arbeit, die von Tag zu Tag aus der Hand in den Mund leben und hinsichtlich ihres Erwerbes und der Dauer ihrer Beschäftigung ganz dem Zufalle preisgegeben sind; auf der anderen Seite die Arbeiteraristokraten, die keine Entlassung, keine Lohnveränderung zu befürchten hätten, die für alle Fälle gegen die Schicksalschläge des Arbeiterlebens gesett

find; d. h. so lange ihnen nicht die Luft zum selbstständigen Denken und Handeln anwandelt. — Hier hätten wir in neuer Auflage den Patriarchismus früherer Zeiten. Der Fabrikbesitzer als Patriarch, der nicht nur für Ruhe und Räder, sondern auch für die übrigen Nützungs- und Arbeitsthiere in genügender Weise sorgt, der als Seele des ganzen Hauses angebetet und womöglich vergöttet wird. — Die Arbeiter gleichen unter solchen Verhältnissen jenen vierbeinigen Familienangehörigen, deren Krippe stets gefüllt ist, wenn auch nur Heu und Hafer darin ist, und welche stets einen warmen gegen Witterungswechsel geschützten Stall haben. — Eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit auf solcher Basis kann aber dem zur Erkenntnis seines Wertes gekommenen Arbeiter nicht genügen. Nur dem Kapitalisten würde die Realisierung eines solchen Vorchlages, wie ihn Dr. Steinbach machte, zu statten kommen. Indem der Unternehmer die unsichere Stellung des Arbeiters in eine gesicherte, seinen schwankenden Lohn in eine feste Rente verwandelte, würde er den Arbeiter stärker an seine Interessen fesseln, der letztere aber würde seine Bewegungsfreiheit verlieren, er würde nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch noch abhängiger, wie er heute bereits ist, denn er wäre seinem „Brotgeber“ mit Haut und Haaren verfallen; würde er ein solches patriarchalisches Verhältnis lösen wollen, müßte er schließlich „Haut und Haare“ zurücklassen.

Hoffentlich brauchen wir uns über diese Neuregelung der Arbeiterfrage im Sinne des Herrn Dr. Steinbach nicht aufzuregen, wenn auch einige Großindustrielle bereits dahingehende Erwägungen in ihren Werken getroffen haben, das Gros der Unternehmer wird sich die Sache wohl noch überlegen. Man sucht in jenen Kreisen auch ohne besondere Verpflichtungen sein „Schäfchen ins Trockene“ zu bringen. Merkwürdig ist es jedoch, daß die bürgerlichen Sozialpolitiker immer wieder den „alten Ruhweg“ betreten, den vor ihnen schon so manches sozialpolitische Zeitthema ausgefahren hat und welcher immer wieder auf denselben Endpunkt mündet: Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapital und dem kapitalistischen Unternehmer. — Interessant sind derartige Vorschläge zur Lösung der „Arbeiterfrage“ insofern für uns, als sie uns zeigen, daß sich unter den wissenschaftlichen Vertretern des Kapitalismus immer mehr die Erkenntnis Bahn bricht, daß das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in seiner heutigen Form, auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten sei.

Alle Mühe jedoch, welche sich jene Koriphäen der Sozialpolitik geben, sie kann eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit nicht mehr herbeiführen. Sie haben den Anschluß verpaßt. „Die alten Besen sind durch das viele Fegen stumpf geworden,“ sagt Heinrich Heine, „die neue Zeit verlangt neue Besen.“ Es giebt nur einen Weg die Harmonie zwischen Arbeit und Kapital wieder herzustellen: das ist die Evolution in der Richtung zum Sozialismus. th.

Streikbrecher.

Wie aus dem unter der Rubrik „Aus unserer Berufe“ veröffentlichten Situationsbericht über Neustadt bei Coburg hervorgeht, ist nunmehr die Aussetzung unserer Mitglieder in den beiden Fabriken (Gebr. Knoch und Haber u. Co.) zur Thatsache geworden.

Die beiden dortigen Fabrikanten wollen unter allen Umständen „Herrn im Hause“ bleiben. Trotzdem die weitgehendsten Versuche gemacht worden sind, um ihnen die Anerkennung des Koalitionsrechtes der Arbeiter abzurufen, es half Alles nichts; die Aussperrung der Arbeiter ist vollzogene Thatsache.

Es sei ausdrücklich auch hier nochmals darauf verwiesen, daß sonstige Forderungen der Arbeiterschaft nicht in Frage kamen, nur der Berufsorganisation wollten diese nicht untreu werden und deshalb die Aussperrung.

Daß die beiden Herren Fabrikanten wohl genügend Profit aus dem Geschäft durch Ausbeutung der Waare Arbeitskraft herausgeschlagen haben, bezweifeln wir nicht. Wie das Koburger „Volkblatt“ behauptet, ist es der Firma Knoch nach zehnjährigem Bestehen möglich gewesen, einem ausschließenden Kompagnon nahezu hunderttausend Mark auszahlen zu können. Was ein rechter Kaufmann ist, ist aber mit dem Geschäftsertragnis selten zufrieden, es muß dasselbe immer größer werden. Deswegen können wir auch nicht wägen, daß die betreffenden Herren Fabrikanten am Ende es darauf ankommen ließen, ihre Fabriken stillsetzen zu lassen, bezw. mit den wenigen Arbeitskräften, die ihnen nach der Aussperrung verblieben, so langsam weiter zu fabrizieren.

Die guten Herren werden vielmehr auf Grund anderswo beobachteter Thatsachen, sich den Gedanken hingeben, daß Ersatzkräfte (Streikbrecher) ihnen zu Hilfe kommen werden. Die von ihnen Ausgesperrten werden sie zu allernächst dabei im Auge haben. Es werden alle Mittel versucht werden, um diese zu einem Unfall, zur Verzichtleistung auf die Zugehörigkeit zur Organisation geneigt zu machen. Versprechungen werden bei solchen Anlässen gemacht, die, sobald der Arbeiter zum Streikführer an seinen Kollegen geworden, doch nicht gehalten zu werden brauchen, denn er ist dann rückhaltlos nur der Gnade eines Gegners jeder Freiheit der Arbeiterschaft preisgegeben.

Wenn diese Versprechungen nicht ziehen, wird mit dem Ausblick auf die eventuelle Hungerkur gearbeitet, die der Ausgesperrte nach Ansicht der Aussperrer durchzumachen hat.

In Neustadt, wo unsere Berufsgenossen angeht, des niederen Verdienstes wohl so wie so auch niemals im Fette erstickten konnten, dürfte dieser Hinweis auf die Hungerpeitsche wenig Eindruck auf sie machen. Sie werden ja von der Organisation, von der Kollegenchaft, unterstützt; vielleicht stehen sie sich dabei im Verhältnis besser, als wenn sie ihre Haut und Knochen für geringen Verdienst den Herren im Hause zur Verfügung stellten. Und übrigens verhungert es sich, wenn auch die Beiden gewiß keine guten sind, doch nicht gar so schnell heutzutage, es giebt immer noch einsichtige Unternehmer, die flüssige Arbeiter brauchen können, auch wenn letztere einer Berufsorganisation angehören sollten.

Nun giebt es aber leider auch eine größere Anzahl Arbeiter unter den Porzellanern, die bei solchen Gelegenheiten, wie die in Neustadt, meistens auf der Bildfläche als „nützliche Elemente“ erscheinen. Ein Theil von denen kommt dann immer „zufällig“ am Streik- oder Aussperrungsorte an; sie haben, wie sie sagen, nichts von der Differenz gewußt, sie lassen sich meistens auch ganz gerne wieder „abschieben“, wenn sie einige Behergschaften bekommen. Eine andere Sorte stellt jene Herden dar, die, man möchte sagen, fast berufsmäßig den Streikbrecher spielen und nur im Auge haben, entweder den Arbeitgeber, der sie braucht, zu prellen, oder aber aus der Rasse der Ausgesperrten oder Streikenden soviel als möglich herauszuziehen. Beim Arbeitgeber nehmen sie im Bewußtsein ihres „Werthes“ für den Arbeitgeber, größeren Vorstoß, sie benutzen die Situation zu allen anderen Tricks, um ihre Taschen zu füllen. Es fällt uns dabei ein für uns jenes Mal sich sehr heiter abspielendes Vorkommnis in Annaburg ein, wo ein „Zugereister“ neben sonstigen Kleinigkeiten eine theure Taschenuhr nebst Kette, ja sogar einen Weder auf Kosten der Firma sich nehmen konnte und — dann verduftete. Um solche Ersatzkräfte sind die Herren nicht zu beneiden; immerhin aber schaden sie doch auch unserer Sache.

Beim Streikkomitee treten diese Schustals oft als die reinsten Briganten auf; das „La bourse ou la vie“ ist hier zu übersetzen: „Entweder gebt Ihr uns den und den Betrag, oder — wir gehen hin und arbeiten!“ Dester sind schon auch größere Beträge an solche Lumpen ausgezahlt worden, ja, weil diese Lumperei einigermaßen mit dem richtigen Namen bezeichnet worden ist, sogar noch dafür Strafe vom Richter diktiert worden. Wir sind der Ansicht, daß die in Frage kommenden Personen, denen bei Streiks z. B. die Zahlung von Unterstützung ob-

liegt, recht vorsichtig vorgehen und nicht so leicht sich Gelder abknöpfen lassen dürfen.

Ordentliche, ehrliche Arbeiter (sie brauchen schließlich noch gar nicht einmal einer Berufsorganisation anzugehören) werden, wenn sie über die Situation aufgeklärt werden, niemals sich zu Streikbrecherdiensten herbeilassen, diejenigen, die das thun, müssen von der organisierten Arbeiterschaft immer als Leute betrachtet werden, denen die „Moral und gute Sitte“ abgeht.

Wie sagte doch ein englischer Richter über Streikbrecher?

„Für die Gewerkschaftsmitglieder ist ein Streikbrecher für seine Klasse das, was ein Verräther für sein Land ist, und obgleich beide in beschwerlichen Zeiten nützlich sein mögen für die eine Partei, so sind sie doch verachtet von allen, sobald der Friede zurückkehrt. Der Streikbrecher ist der Letzte, der einem anderen Hilfe giebt, aber der erste, der Hilfe verlangt, doch arbeitet er niemals gesichert. Er nimmt nur auf sich Rücksicht, aber er steht nicht über den nächsten Tag hinaus, jedoch für Geld und würdelose Zuhilfenahme wird er seine Freunde verrathen, seine Familie und sein Land. Mit einem Wort: er ist ein Verräther in kleinem Maßstabe, der erst seine Kollegen verkauft und nachher wird er von seinem Arbeitgeber verkauft, bis er zuletzt verachtet und verabscheut ist von beiden Parteien; er ist ein Feind seiner selbst, der Gegenwart und der kommenden Gesellschaft.“

Mit solchen Leuten wollen Arbeitgeber arbeiten, versuchen alles, daß sie solche erangeln, um ehrlichen Arbeitern das Rnie auf die Brust setzen zu können und zu sagen: „Ich habe Euch untergezielt, ich will nicht, daß Ihr ein gesellschaftliches Recht in Anspruch nehmt.“ —

Und leider muß zugestanden werden, daß gerade bei uns Porzellanarbeitern es doch so viele solcher Streikbrecher giebt, daß es den Unternehmern hiesiger Gegend ist, mit deren Hilfe eine aufstrebende Arbeiterschaft unterzukriegen.

Wird es nun auch diesmal den Herren Gebrüder Knoch, Haber u. Co. in Neustadt gelingen, mit Hilfe von wie oben gekennzeichneten Ersatzkräften über die ausgesetzten Arbeiter triumphieren zu können?

Wir hoffen diesmal zuversichtlich, daß dies nicht der Fall sein wird. Der Verbandsvorstand hat diesmal in weitgehenderem Maße, wie in früheren Fällen anderswo, die bedrängten Arbeiter in Neustadt unterstützt. Zum zweiten Male wurde ein Vorstandsvorsteher nach dort entsandt, der jetzt seit dem 28. Juli sich dort aufhält. In Neustadt selbst, wie in der Umgegend, sind Versammlungen abgehalten worden, in welchen die Aussetzung der Neustädter Porzellanarbeiter und Arbeiterinnen in erschöpfender Weise behandelt wurde.

Zunächst kommen ja für die Fabrikation in den beiden Neustädter Fabriken nur die Arbeiter der umliegenden Fabriken in Betracht. Fremde dürften einmal diese Arbeit eigener Art nicht leisten können, zum Anderen dürften Fremde bei den Neustädter Verdiensten sehr bald die Unmöglichkeit einsehen, dort existieren zu können.

Wenn wir auch bereits in Nr. 30 im Allgemeinen an unsere Kollegen appelliert haben, wir versäumen nicht, heute nochmals an die Ehre unserer Kollegen, im Besonderen jene der Umgegend von Neustadt, zu appellieren. Wenn die beiden Firmen keinen Ersatz für die von ihnen Ausgesperrten erhalten, so wird der Kampf bald entschieden sein; sobald aber eine, wenn auch kleine Anzahl Berufsgenossen oder Genossinnen sich herbeilassen, den Ausgesperrten in den Rücken zu fallen, wird sich das Ende dieser neuesten Aussperrung hinauszuziehen. Es mögen daher alle Kollegen dafür sorgen, daß die Arbeiterschaft Deutschlands nicht, wie schon öfter, auch diesmal die traurige Erfahrung machen muß, daß die Porzellanarbeiter bei dem Kämpfen mit dem Unternehmertum deswegen immer den Kürzeren ziehen, weil aus den Reihen der eigenen Berufsgenossen sich so viele finden, die sich zu Streikbrecherdiensten herbeilassen.

Die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften.

Von Emil Fischer.

(Aus „Die Neue Zeit“.)

Im letzten Jahrzehnt hat eine besondere Form der Unternehmerorganisation eine be-

merkwürdige Ausdehnung angenommen, die es den Gewerkschaften zur Pflicht macht, dieser Entwicklung auf dem Gebiet der Arbeitgebervereinigung die lebhafteste Aufmerksamkeit zu schenken. Es handelt sich um die Arbeitgeberverbände, meistens Verbindungen von Branchenorganisationen der Unternehmer, Fachverbänden, Innungen zc. Vorbildlich war für sie der Arbeitgeberverband für Hamburg-Altona, der zuerst durch die große Metaussperrung im Jahre 1890 die Aufmerksamkeit auf sich lenkte, später beim Hafnarbeiterstreik 1896/97 und bei der Werftarbeiteraussperrung 1901 von sich reden machte. Jetzt bestehen solche Arbeitgeberverbände nicht nur in allen Theilen Deutschlands, sondern auch im Ausland. Spielte doch auch bei dem letzten Konflikt der Unternehmer im Schiffsahrtsgewerbe mit den Hafnarbeitern und Schiffsaluten in Dänemark der dortige Arbeitgeberverband eine hervorragende Rolle.

Die Gründung der Arbeitgeberverbände erfolgte zu dem Zwecke, den Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter energisch entgegenzutreten. In den offiziellen Satzungen der Verbände steht das allerdings nicht, im Gegentheil, man gibt sich dort den Anschein einer gewissen Arbeiterfreundlichkeit. So heißt es zum Beispiel im § 1 der Satzungen des Hamburg-Altonaer Verbandes: „Der Verband bezweckt die Herbeiführung dauernd friedlicher Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durch Berücksichtigung berechtigter Ansprüche und Abwehr unberechtigter Forderungen und ungesetzlicher Uebergriffe auf Seiten der Arbeiter und ihrer Vereinigung. Der Verband soll nur denjenigen Zwecken dieser Art dienen, welche durch Einzelvereine nicht so gut erreicht werden können; alle anderen Zwecke sind auszuschließen.“ Als Mittel zu diesem Zwecke werden im § 2 angegeben: „Die Beihilfe zur Durchführung und Vervollständigung der Gesetze, welche zum Wohle und Schutze der Arbeiter erlassen sind, und die Unterstützung gemeinnütziger Bestrebungen für das Wohl der Arbeiter, dann die Einführung der sogenannten Streik Klausel in alle Lieferungsverträge, die Vereinbarung, keine im Streik oder in der Aussperrung befindlichen Arbeiter Anderer anzunehmen, die Schaffung einer Darlehenskasse für Streikfälle, die Errichtung von Arbeitsnachweisen und Ähnliches.“

In den letzten Sätzen kommt schon der Pferdeschuh zum Vorschein: die Bekämpfung aller Streiks! Jeder Streik wird von vorn herein als Versuch der Durchführung „unberechtigter Forderungen“ oder wohl gar als „ungesetzlicher Uebergriff“ betrachtet.

Und wie sieht es in der Praxis mit der „Herbeiführung dauernd friedlicher Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durch Berücksichtigung berechtigter Ansprüche“ aus?

Den Bestrebungen der Arbeiter, Lohn-erhöhungen zu erzielen, sind die Arbeitgeberverbände allerorts mit brutaler Rücksichtslosigkeit entgegengetreten. Es sei nur an die vorjährige große Werftarbeiteraussperrung in Hamburg erinnert, die erfolgte, weil eine Anzahl Mieter einer Werft eine Gleichstellung mit ihren Kollegen auf den übrigen Werften forderten und in Folge der Ablehnung dieser Forderung — es handelte sich um eine Lohn-erhöhung von wenigen Pfennigen pro Tag — die Arbeit einstellten. Wenn derartige bescheidene Ansprüche der Arbeiter in Zeiten höchster wirtschaftlicher Blüthe schroff abgewiesen und brutal bekämpft werden, was mögen dann die Arbeitgeberverbände unter „berechtigten Ansprüchen“ der Arbeiter verstehen? Etwa das Verlangen nach einer Lohn-herabsetzung?

In der Praxis haben die Arbeitgeberver-

bände ausgesprochenemassen den Standpunkt vertreten, daß „Forderungen“ der Arbeiter unter allen Umständen zurückzuweisen seien und die Berücksichtigung von „Wünschen“ lediglich dem Ermessen der Arbeitgeber überlassen bleiben muß. „Die Höhe des Lohnes ist einzig und allein vom Arbeitgeber zu bestimmen, da nur ihm der genügende Einblick in die für die Lohnhöhe maßgebenden Verhältnisse möglich ist. Deshalb ist jeder Versuch der Arbeiter, Lohn erhöhungen durch Arbeits-einstellung zu erzwingen, zurückzuweisen.“ So heißt es in einer charakteristischen Rundgebung des Hamburg-Altonaer Verbandes.

Und ebenso, wie über die Festsetzung des Arbeitslohnes, denken die Arbeitgeberverbände auch über die Festsetzung der Arbeitszeit. Der Arbeitgeberverband von Hamburg-Altona bestimmte durch Ullas, daß die für den Städtekomplex angemessene tägliche Arbeitszeit mindestens $9\frac{1}{2}$ Stunden beträgt und deshalb alle weitergehenden Ansprüche abzuweisen seien. Der Verband brachte es fertig, eine Innung, die den Arbeitern die neunstündige Arbeitszeit zugestanden hatte, zu veranlassen, das Zugeständnis wieder zurückzuziehen, damit das vom Verband aufgestellte Prinzip betreffs der Länge der Arbeitszeit nicht durchbrochen würde. Ueberhaupt war der Verband stets bestrebt, diejenigen Unternehmervverbände, Innungen zc., welche zu Konzessionen an Arbeiter geneigt waren, um „friedliche Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durch Berücksichtigung berechtigter Ansprüche“ herbeizuführen, zum Widerstand anzureizen und so das friedliche Verhältnis zu stören! Hier hat der Verband in der That „Zwecken gedient, welche durch die Einzelvereine nicht so gut erreicht werden konnten.“

Auch die „Beihilfe zur Durchführung und Vervollständigung der Gesetze, welche zum Wohle und Schutze der Arbeiter erlassen sind, und die Unterstützung gemeinnütziger Bestrebungen für das Wohl der Arbeiter“ hat in der Praxis ein recht merkwürdiges Aussehen. In den Arbeitgeberverbänden lebt und weht der Stummische Scharfmachergeist, der von einer Durchführung und Vervollständigung der Arbeiterschutzes nichts wissen will. Der kürzlich erschienene Jahresbericht des Hamburg-Altonaer Arbeitgeberverbandes wendet sich denn mit einer gewissen Festigkeit gegen die „kritiklose Verbesserungsucht sozialreformistischer Spulanten, deren Verlangen nach einem überhasteten Tempo in der Fortführung der Sozialreform das Gesamtwohl bedroht“, und kündigt an, daß die Männer der Praxis sich energisch der Zumuthung widersetzen werden, in jedem neuen am grünen Tische ausgeheckten Plane zur Volksbeglückung eine soziale Heilsboischaft zu erblicken.“

Die Feindschaft gegen die Sozialgesetzgebung zeigte sich denn auch in den verschiedensten Richtungen. Zur Durchlöcherung der Arbeiterschutzesgesetzgebung wurde die Rechtsprechung mehrfach mit Erfolg beeinflußt. So setzte man es beispielsweise durch, daß die großen Konfektionsbetriebe nicht als Fabrikbetriebe im Sinne der Gewerbeordnung betrachtet wurden, wodurch man sie der Aufsicht der Gewerbeinspektion und die Beschäftigten dem bis dahin ihnen zu Theil gewordenen gesetzlichen Schutze entzog. Eine gleiche gerichtliche Entscheidung erzielte man in Bezug auf Druckereibetriebe mit Motorverwendung. Die Hamburger Hafnarbeiter gingen der Sonntagsruhe zum großen Theile verlustig, weil die führenden Elemente des Arbeitgeberverbandes es durchsetzten, daß Sonntagsarbeit im Hafen und auf den Werften in der Regel als Notharbeit angesehen wird. Die Rechtsprechung schmeigte sich willig den Wünschen

des im Arbeitgeberverband organisierten Unternehmertums an.

Nur bei den Gewerbegerichten erreichte man in dieser Hinsicht nichts und deshalb sind diese Gerichte den Arbeitgeberverbänden auch ein Dorn im Auge. Die juristische Spitzfindigkeit hat hier keine Stelle gefunden, weil die Gewerbegerichte, wie der Zentrumsabgeordnete Dr. Spahn im Reichstag mißbilligend bemerkte, nach der Willkür urtheilen und somit keinen Boden für die Rechtsverbreitung bieten. Der Haß gegen die Gewerbegerichte äußert sich denn auch bei verschiedenen Gelegenheiten. Die angebotene Vermittlung der Gewerbegerichtsvorsitzenden bei Streiks und Aussperrungen wurde brüst zurückgewiesen und gegenüber der Bestimmung in der Gewerbegerichtsgesetznovelle vom Jahre 1901, wonach den Vorladungen vor das Einigungsamt des Gewerbegerichtes Folge geleistet werden muß, hat zum Beispiel der Hamburg-Altonaer Verband beschlossen, daß die Mitglieder zwar dem gesetzlichen Vorladungszwang Folge leisten, sich aber in keinerlei Verhandlungen vor dem Einigungsamt einlassen und dadurch den Zweck des Gesetzes illusorisch machen sollen. Neuerdings ist wieder der Zorn der Arbeitgeberverbände durch eine Entscheidung des Hamburger Gewerbegerichtes erregt worden! In der seit Jahren zu Recht bestehenden und behördlich genehmigten Arbeitsordnung der bekannten Schiffswerft von Blohm und Voß bestand die Bestimmung, daß Arbeiter, die freiwillig aus dem Arbeitsverhältnis ausscheiden, jedes Anspruchs auf Akkordüberschuß verlustig werden. Das Gewerbegericht hat diese Bestimmung für rechtsungültig erklärt, weil die Unternehmer sich das Recht vorbehalten haben, die Arbeiter jederzeit aus der Akkordarbeit herausnehmen zu dürfen und deshalb auch den Arbeitern das Recht zustehen müsse, das Arbeitsverhältnis ohne Verlust des Akkordüberschusses lösen zu können. Die Arbeitgeberverbände sind eben gar nicht gewohnt, daß es gesetzliche Institutionen geben könnte, die den „ungesetzlichen Uebergriffen“ der Unternehmer entgegenstehen!

Mit großem Eifer haben die Arbeitgeberverbände auch Front gemacht gegen die Errichtung von Arbeiterkammern, gegen die Einrichtung privatischer Arbeitsnachweise, gegen eine staatliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit u. s. w., kurz und gut gegen alle Bestrebungen im Interesse und für das Wohl der Arbeiter.

Die Arbeiterkammern werden in dem schon erwähnten Jahresbericht des Hamburg-Altonaer Verbandes als „einseitige Interessenvertretungen der Arbeiter“ bezeichnet, die „nicht zur Erhaltung und Förderung der Industrie beitragen würden“, wohl aber „den Verantwortern des Kollektivismus direkt in die Hände arbeiten müßten“. In den Augen der Arbeitgeberverbände haben nur die einseitigen Interessenvertretungen der Unternehmer eine Berechtigung, wie z. B. die von ihnen eingerichteten Arbeitsnachweise. Ihre Aufgabe ist es, die den Unternehmern mißliebigen Elemente, die „Pökel und Agitatoren“ — und als solche gelten alle diejenigen, welche für die Arbeiterinteressen eintreten — von der Arbeitsvermittlung auszuschließen, gewissermaßen dauernd arbeitslos zu machen, andererseits durch Heranziehung auswärtiger Arbeitskräfte dauernd einen Ueberfluß an Arbeitern zu erzeugen, eine ständige größere Reservenarmee zu sichern, die es ermöglicht, jedes Verlangen der Arbeiter nach Lohn erhöhungen im Keime zu ersticken. In diesem Mißbrauch der Arbeitsnachweise wollen sich die Arbeitgeberverbände nicht stören lassen, deshalb bekämpfen sie das Bestreben, partikularistische Arbeitsnachweise zu schaffen. Der Jahres-

bericht des Hamburg-Altonaer Verbandes sagt: „Was stellt der Ansturm gegen die Arbeitsnachweise der Arbeitgeber, wie er sich namentlich in dem bekannten Antrag auf obligatorische Einführung paritätischer Arbeitsnachweise kennzeichnet, anders dar, als die Bethätigung des Strebens, das natürliche Recht der Industrie, in der Auswahl der verfügbaren Arbeitskräfte nach eigenem, besseren Ermessen zu verfahren, zu schmälern? Ein solches im Grunde doch völlig unparitätisches Vorgehen wäre doch höchstens dann für berechtigt zu erklären, wenn man es auf die Annahme stützte, daß der Begriff des Kapitalismus ein „unmoralischer“ sei und daß hieraus dem Staate die Pflicht erwachse, zu Ausnahmemaßregeln gegen das Unternehmertum als Träger des kapitalistischen Systems zu greifen, um die Nichtkapitalisten schützen zu können. Ein Beweis für die Immoralität des Kapitalismus wird indessen kaum erbracht werden können.

Wie naiv sich doch die Vertreter der Herr-moral zu geberden wissen!

Auch bei der Bekämpfung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung hüllen sie sich in die Toga der Moral, um die wahren Beweggründe ihres Vorgehens zu hemänteln. Eine Heranziehung der Industrie zu den Kosten der Versicherung erklärt man von vornherein für unstatthaft, weil die Industrie schon durch die Kosten der Sozialgesetzgebung übermäßig stark belastet ist, und eine Versicherung auf Staatskosten wird mit dem Einwand bekämpft, daß „dadurch die Neigung zum Müßiggang und zur Zuchtlosigkeit verstärkt werden würde“. In Wahrheit wollen die Arbeitgeberverbände von keinerlei Arbeitslosenversicherung etwas wissen, um den Arbeiter unter dem Drucke der durch die Arbeitslosigkeit erzeugten Nothlage zu zwingen, seine Arbeitskraft um jeden Preis anzubieten.

Der gleiche Grund ist auch maßgebend für die Stellung der Arbeitgeberverbände gegenüber den gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, die bekämpft werden, weil sie die Arbeiter ihrer hilflosen, isolierten Stellung entheben und ihnen einen kräftigen Rückhalt gewähren. Um aber auch hier einen moralischen Vorwand zur Bekämpfung der Gewerkschaften zu haben, beschuldigt man diese, daß sie durch ihre maßlosen Ansprüche die nationale Industrie schädigen und auf dem Weltmarkt konkurrenzunfähig machen. Im Jahresbericht des Hamburg-Altonaer Verbandes wird der Niedergang der englischen Produktion in erster Linie den gewerkschaftlichen Organisationen der englischen Arbeiter zur Last gelegt, weil „die Diktatur der Arbeiterführer die Unternehmer jeder Möglichkeit einer sachgemäßen Ausnutzung der jeweiligen Geschäftslage beraubt hat“. Der deutschen Industrie wird die gleiche Perspektive eröffnet, falls die Gewerkschaften in Deutschland eine noch größere Machtstellung als bisher erringen würden. Das Gegentheil ist richtig! Die Gewerkschaften erzielen einen intelligenten Arbeiterstamm, der die Grundlage für eine günstige industrielle Entwicklung bildet. Es ist doch kein Zufall, daß die Industrien derjenigen Länder den Weltmarkt beherrschen, in denen die Arbeiterorganisationen am weitesten vorgeschritten ist und die Arbeiterschaft eine höhere Lebenshaltung hat. Nicht die Arbeiterorganisationen haben die „nationale Industrie“ geschädigt, wohl aber ist das vielfach durch die Unternehmerorganisationen geschehen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise ist zum Theile verschuldet durch die wucherischen Preistreiber der Syndikate, Trusts und Ringe der Unternehmer. Den internationalen „Zuckerkrach“ hat nicht etwa die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter der Zuckerindustrie herbe-

geführt, die mit Hungerlöhnen abgepeißt werden, sondern das Zuckerkartell!

Die gemeinschädliche Thätigkeit liegt also auf Seiten der Unternehmerorganisationen, die es sich nun auch noch zur Aufgabe gemacht haben, die Arbeiterbewegung in allen ihren Bestrebungen zu bekämpfen durch die brutale Uebermacht des Kapitalbestandes. Die Gleichberechtigung wird den Arbeitern verweigert. Die Versuche der Arbeiter, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, werden von vornherein durch Massenausperrungen niederknallend versucht, wie z. B. neuerdings in Kiel im Baugewerbe. Die Taktik läuft daraus hinaus, die Kräfte der Gewerkschaften zu sprengen und diese dadurch ohnmächtig zu machen. Durch Beeinflussung der Gesetzgebung und der Rechtsprechung wird den Bestrebungen der politischen Vertretung der Arbeiter, der Sozialdemokratie, entgegen gearbeitet.

Es ist die nackte Herrschaft der Scharfmacher, die sich in den Arbeitgeberverbänden etabliert hat, das kapitalistische „Ueberherrn-thum“, das auch auf die Einzelorganisationen der Unternehmer seine Herrschaft ausdehnt, ihnen verbietet, selbstständig mit den Gewerkschaften zu verhandeln und „Kraftproben“ heraufbeschwört, die zwar auch für die Unternehmer mit Riesenerlusten verknüpft sind, aber von ihnen getragen werden in der Erwartung, die Arbeiter durch fortgesetzte Niederlagen müde und nutzlos zu machen, um dann durch umso rücksichtslosere Ausnutzung der gesicherten Machtposition diese Verluste doppelt und dreifach wieder einzubringen.

Die Taktik der Arbeitgeberverbände muß die Gewerkschaften veranlassen, in ihrem Vorgehen gegen die Unternehmer sehr vorsichtig zu sein und sich auf große wirtschaftliche Kämpfe mit den Arbeitgeberverbänden nur dann einzulassen, wenn äußerst günstige Chancen für die Arbeiter vorhanden sind. Man kann nicht sagen, daß bisher bei solchen Kämpfen auf Seiten der Gewerkschaften immer eine muster-giltige Taktik beobachtet worden ist. Nicht selten haben dabei untergeordnete Formalitäten eine bemerkenswerthe Rolle gespielt. Die Arbeitgeberverbände drängen mit Vorliebe solche Formalitäten, wie das „Herr im Hause sein“, in den Vordergrund, um sie als Vorwand für einen Konflikt zu benutzen, durch den die Arbeiterorganisationen zum Weißbluten gebracht werden sollen, aber diese Formalitäten haben für die Unternehmer, wie schon angedeutet, einen sehr materiellen Hintergrund.

Die Gewerkschaften müssen selbst bei der kleinsten Lohnbewegung darauf gefaßt sein, daß diese von den Arbeitgeberverbänden zu einem Prinzipienkampf, zu einer „Kraftprobe“ aufgebauscht wird und zwar immer dann, wenn die begleitenden Umstände für die Arbeiter recht ungünstig sind. In einer solchen Situation wird ein hervorragendes diplomatisches Geschick und eine außerordentliche taktische Klugheit auf Seiten der Gewerkschaften von Nothen sein, um unnütze Opfer zu verhüten. Dem Kampfe unter allen Umständen aus dem Wege gehen wollen, hieße unter den obwaltenden Umständen, auf jeden Fortschritt für die Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet verzichten. Wenn aber schon der Kampf gewagt werden soll, dann muß er mit voller Kraft, unter einmüthigem Zusammenhalt der Gesamtarbeiterschaft, aufgenommen werden. Dem vereinigten Unternehmertum muß die geeinte Arbeiterschaft gegenüber treten! Die hier und da noch vorhandene zünftlerische Abgeschlossenheit der Gewerkschaften ist unter solchen Verhältnissen nicht am Platze.

Zweifellos werden die wirtschaftlichen Kämpfe der nächsten Zukunft ganz andere

Dimensionen annehmen als bisher. Vielleicht wird dabei das vereinigte Unternehmertum einige Erfolge erzielen, auf die Dauer wird es aber seine diktatorische Stellung nicht behaupten können, weil gerade diese Diktatur die bisher indifferenten Arbeiter in die Gewerkschaften hinein treibt und sie zu Sozialdemokraten macht, also die Arbeiterbewegung kräftigt und stärkt und damit die Macht schafft, welche den Herrschergeflüsten der Arbeitgeberverbände ein Ende bereiten wird.

Unterstützungsfond für Gewerkschaftsbeamte.

Über obiges Thema ist schon seit Wochen viel gesprochen, auch theils geschrieben worden, dasselbe erledigte sich jedoch meistens in Form von Resolutionen. Nicht allein in unseren, sondern auch in anderen Verbänden kann man eine Antipathie gegen den Unterstützungsfond wahrnehmen. Und warum? Die Frage ist nach meiner Ansicht gleich beantwortet: Es ist über diese Einrichtung wenig oder gar nichts geschrieben (d. h. vor ihrer Erledigung) und den Mitgliedern nicht Klarheit gegeben worden. Weder von der gewerkschaftlichen noch von der politischen Presse, und doch wußte der Redakteur dieses Blattes aus dem Verein Arbeiterpresse darum!*)

Ich will es gleich voraus bemerken, daß ich den Delegirten der Generalversammlung zwar keinen Vorwurf machen will, weil sie in ihrer Mehrheit dieser Versicherung zugestimmt haben, die Zeit war eben zu kurz; die Resolution des Vorstandes lag vor und der Vertreter der Generalkommission (Sabbath) meinte, daß nicht das Unterstützungs-Reglement beraten werden soll, sondern die Generalversammlung soll sich nur „im Prinzip dafür erklären“, daß sie dem eventuell zustimmenden Beschluß des Gewerkschaftskongresses beitrifft. Dadurch gelangte die Sache zur Annahme. Daß ein großer Theil der Mitglieder damit nicht einverstanden ist, brauche ich wohl nicht zu erwähnen, das haben die Zahlstellenberichte zur Genüge bewiesen. Da hätte in allererster Linie unsere „Ameisen“-Redaktion die Pflicht gehabt, über diese Versicherung unter den Mitgliedern aufklärend zu wirken, dadurch, daß sie einen bestimmten Artikel veröffentlichte, der sich ausführlich damit beschäftigte. Unasommt konnte man dies annehmen, als der Gewerkschaftskongress schon längst getagt und Beschluß

*) Der Gen. R. A. B. F. L. S. will der Redaktion anscheinend den Vorwurf einer beabsichtigten „Ueberrumpelung“ der Mitglieder machen, weil wenig oder nichts über diese Versicherungssache geschrieben worden sei. Das was über die Sache zu schreiben war, bezw. was über die event. Gestaltung des Regulativs von der Generalkommission veröffentlicht wurde, ist auch in der „A.“ nicht unterdrückt worden. In Nr. 48 v. J. ist das Wesentlichste über die geplante Einrichtung veröffentlicht worden. Erst ganz kurz vor dem Tagen der Generalversammlung hat der Vorstand Stellung zu der geplanten Einrichtung genommen, es ging diesbezügliche Anregung nicht an die Redaktion, sondern an den Vorstand. Eine besondere „Aufklärung“, wie sie Gen. R. wünschte, war deshalb vor der Gen.-Vers. unsererseits nicht mehr möglich. Und nach dem Tagen der Gen.-Vers. und des Gewerkschaftskongresses hat die „A.“ die in Frage kommenden Resolutionen beider Körperschaften gebracht. Wenn die Gen.-Vers. des Verbandes laut angenommener Resolution von einer Stellungnahme zu der geplanten Versicherungssache absteht, so hatten wir doch umsoweniger dazu Veranlassung, als die Einrichtung ja auch heute noch nicht als unter allen Umständen gesichert dasteht. Wir müssen abwarten und haben dies bereits in Nr. 24 d. Jahrg. angedeutet; von einer Scheu, der Stimmung in Mitgliederkreisen entgegen zu treten, kann dabei die Rede nicht sein. Zur Zeit wird das, wenn nöthig, schon noch folgen. Angenehm wäre es gewesen, wenn Gen. R. bei der Behandlung dieser Sache, auf die Zahlung der Beiträge je „A u r S ä l f e“, Bezug genommen hätte, wir nehmen aber an, er ist auch dazu Gegner. Bemerk sei noch, daß der Redakteur d. Bl. dem Verein Arbeiterpresse nicht angehört. Die Redaktion.

gefaßt hat, wenn man so sagen darf. Auch das Protokoll des Gewerkschaftskongresses ist erschienen. Also, warum scheut man sich der Stimmung entgegenzutreten? Diese Versicherung erkenne ich als eine Nothwendigkeit für unsere Verwaltungsbeamten an (aber ich könnte diese Nothwendigkeit auch ausdehnen „für Alle, welche ernstlich bemüht sind, für Verbesserung der heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse einzutreten“), jedoch bin ich ein Gegner davon, daß die Beiträge hierfür aus Verbandsmitteln genommen werden sollen.

Zwei Fragen zur Besprechung:

1. Sind wir, die Mitglieder, verpflichtet, für unsere Verbandsbeamten, welche ja auch Mitglieder sind, die Beiträge für diese Versicherung zu bezahlen?

2. Oder ob die Verbandsbeamten die Versicherung selbst, aus eigener Tasche, zu erhalten haben?

Was erstere Frage anbelangt, so steht dem Verschiedenes entgegen, was hier einigermaßen angeführt werden soll: Wenn der Verband die Beiträge zahlt, so hat der Versicherte doch kein so hohes Interesse an diesem Fond, als wenn er selber Zahler ist. Wenn der Fall eintreten sollte, daß ein Beamter seines Amtes enthoben wird wegen Pflichtverletzung u., so ist das Geld, das von ihm gezahlt ist, hin. Dergleichen ist es der Fall, wenn er von einer Generalversammlung (aus gleichen Gründen) nicht wieder gewählt wird. Er hat also hier kein Risiko. Auch sei bemerkt, daß in den ersten drei Jahren keine Unterstützung gezahlt wird. — Auch wollen wir eine Kampfes- und keine solche Nur-Unterstützungsorganisation sein! Trotzdem beides zusammengehört als wie zum Schließen ein „Gewehr und Patrone“.

Zu einem Kampfe gehören aber auch Kämpfer, dieselben müssen aber erst gesammelt und ausgebildet werden. Um aber diese „Aushebung“, diese Sammlung vorzunehmen, bedürfen wir Ruhe und Klarheit. Da dürfen keine Störungen vorkommen, die die Führer, die Verbandsfunktionäre, voraussehen konnten und die allgemeine Erbitterung in die Massen bringen.

Die Verbandsbeamten sind bloß die Leiter der Organisation, sie sind aus keinem anderen Verhältnis herausgewachsen, als an deren Spitze sie stehen — ein besonderes Studium brauchen sie nicht durchzumachen. Und wir, die Angehörigen der Organisation sind stolz darauf, wenn wir tüchtige Führer haben. Für ihre Arbeitsleistung werden und sollen sie angemessen bezahlt werden; Nahrungsorgen sollen sie nicht haben. (Solche hätten sie auch nicht gehabt, wenn auch auf der letzten Generalversammlung das Gehalt, gerade in der Zeit, wo sich alles darum hauptsächlich dreht, unsere Klassenverhältnisse in richtige Bahnen zu lenken, nicht erhöht worden wäre. D. W.)

Ob wir aber verpflichtet sind (und können), sie vor allem Unglück und Glend in der heutigen Gesellschaftsordnung zu schützen?

Während ich meine erste Frage mit Nein beantwortete, gehe ich zur zweiten: „Ob die Verbandsbeamten die Beiträge selbst, aus eigener Tasche, zu zahlen hätten“ und die ich bejahe, über:

Unsere Verbandsfunktionäre erhalten ein ganz anständiges, feststehendes, keinen Schwankungen nach unten unterworfenen Gehalt; darunter liegt zweifellos eine Macht; sie wissen ganz genau, daß ihnen das Geld werden muß und können dementsprechend wirtschaften. Wie ganz anders bei ihren Klassengenossen: Stetige Unsicherheit in der Existenz, Schwankungen im Einkommen, meistens nach unten u. s. w., wodurch der Mensch zur Verzweiflung getrieben werden kann. Unsere Verbandsbeamten sollen

davon verschont bleiben: dementsprechend, meine ich, können auch sie die Versicherung selbst decken, um sich und ihre Familie vor größerem, oft unerwarteten Unglück zu bewahren. Sie werden dadurch ein größeres Interesse an dieser Einrichtung gewinnen und die Folge davon wird sein, daß die Beamten, um ihre Stellungen zu wahren, ihren Pflichten dem Verbands gegenüber mit größerem Fleiße nachkommen, zweifellos für uns und für sie gut.

Die Versicherung verlangt durchschnittlich ungefähr 75 Mt. pro Person und Jahr Beitrag; das können unsere und auch andere Verbandsfunktionäre zahlen.

Sehen wir nicht hin nach bürgerlichen Existenzen, sondern bloß dahin, wo in Wirklichkeit wir uns befinden.

Noch ein Wort zur Versicherung selbst. Ich habe schon gesagt, daß die Versicherung Nothwendigkeit ist. Und trotzdem, wenn die Verbände die Beiträge zu zahlen, ablehnten, sollten alle Organisationen sich darüber einig werden, daß ihre Beamten sich gemäß den Satzungen des „Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte“ selbst versicherten, denn dies bedeutet für sämtliche Verbände u. eine kolossale Entlastung und entspräche der Gerechtigkeit. Es sollte dahin kommen, daß kein Beamter eingestellt wird, der sich weigert, diesem Fond beizutreten. Durch diese Versicherungs-Einrichtung, die bei annähernder Einsicht und Vernunft leicht durchführbar ist, würde viel Unruhe und Unfrieden verschwinden und manches Gute mit sich bringen.

Wenn nun von einzelnen Zahlstellen betont wurde, daß durch Stellungnahme zur obigen Frage die Verbandsinteressen geschädigt werden, so bin ich anderer Ansicht. Dies konnte schon längst, ehe Stellung dazu zu nehmen Anlaß vorlag, vorausgesehen werden. Und gerade diese Frage ist von hoher Bedeutung; weshalb also darüber hinweggehen?

Fallen wir vor allen Dingen nicht aus der Rolle und bleiben wir sachlich.

Wal. Kalbfleisch.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Die Zahlstellenkassierer haben nunmehr die Streikmarken, deren Einführung die Generalversammlung beschlossen hat, ferner dazu gehörende Quittungskarten, ein Kassabuch und Abschlußformulare für den Streikfond erhalten.

Die Kassierer werden jedoch hierdurch noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß dieselben für die Marken verantwortlich, diese wie bares Geld zu behandeln, somit auch gut aufzubewahren sind. Ueber den Stand der Kasse ist vierteljährlich mit dem Quartalsabschluß, dem Verbandskassierer ein Bericht zu geben und sind hierzu die gesandten Abschlußformulare zu benutzen.

Es wird nun Aufgabe der Zahlstellen-Verwaltungen sein, recht rege den Verkauf der Marken zu betreiben, umso mehr, da wir zur Zeit mit der Aussperrung in Neustadt bei Coburg, an welcher 130 Mitglieder und auch Unorganisirte theilhaftig sind, zu rechnen haben. Es kommt ferner in Betracht, daß von den 130 Mitgliedern nur drei die Karenzzeit beendet haben, es können somit alle anderen nur die einfache Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten, der Streikzuschuß muß deshalb für diese Mitglieder aus dem Streikfond gezahlt werden. Die Mitglieder werden daher auch diesmal wieder dafür Sorge tragen, daß dem Streikfond ausreichende Mittel zugeführt werden, zumal jeden Tag neue Differenzen ausbrechen können.

Was den Verkauf der Marken anbelangt,

wird es sich empfehlen, wenn der Kassierer, mehreren Mitgliedern der Zahlstelle, gegen Quittung, Streikmarken aushändigt und regelmäßig in gewissen Zeitabschnitten mit diesen abrechnet. Die Betreffenden sind dadurch in die Lage versetzt, bei jeder sich bietenden Gelegenheit, in welcher dieselben mit Kollegen und Freunden zusammen kommen, dieselben Streikmarken anbieten zu können. Und nicht nur den Mitgliedern, sondern auch den unorganisirten Porzellanarbeitern, können die Marken verkauft werden, denn wenn gleich dieselben, aus irgend welchen Gründen es bisher verabsäumt haben, sich zu organisiren, so zahlen dieselben doch gern einen freiwilligen Beitrag zur Unterstützung streikender Kollegen, in dem Bewußtsein, daß ein erfolgreicher Streik, nicht nur den Mitgliedern des Verbandes, sondern sämtlichen Porzellanarbeitern Vortheile bringt.

Bezüglich der Quittungskarten ist zu bemerken, daß jedem Mitgliede, sowie jedem Neueintretenden, eine solche auszustellen ist und sind die gekauften Marken in die hierfür bestimmten Felder zu kleben und vom Kassierer, bei Entgegennahme von Verbandsbeiträgen, abzustempeln. Die Abstempelung hat in der Weise zu erfolgen, daß der Stempel zum Theil die Marke und den freibleibenden Theil des Quittungsfeldes berührt.

Beim Verkauf der Marken an Unorganisirte, sind dieselben in jedem Falle zu entwerthen und zwar indem man die Marke vor den Augen des Käufers zerreißt.

Nachlieferungen von Streikmarken und Quittungskarten, wollen die Zahlstellenkassierer, stets rechtzeitig beim Verbandskassierer veranlassen.

Mit der gleichen Sendung erhielten die Kassierer auch Aufnahmescheine für Beihilfefond und Quittungsformulare für Reisende des Oesterreichischen Porzellanarbeiter-Verbandes. Die bisherigen Formulare für Reisende der Union sind zu vernichten.

Zur Orientirung der Kassierer sind der Sendung auch zwei Material-Verzeichnisse beigelegt worden und wollen dieselben das auf diesen Verzeichnissen aufgeführte Material immer rechtzeitig ergänzen.

Der Verbandsvorstand.

Sitzung der Beschwerdekommision in Linenan vom 11. Juli 1902.

Als Verhandlungsgegenstand lag eine Beschwerde des Mitgliedes 8743 Neuhaldensleben vor. Mitglied beschwert sich gegen den Verbandsvorstand wegen Nichtbewilligung der beantragten Arbeitslosenunterstützung. (Sitzung vom 3. Juni d. J.)

Auf Grund des vom Vorstande zugestellten Materials und der Beschwerdebefrist hat die Kommission folgenden Thatbestand festgestellt.

Mitglied gab am 18. Mai d. J. seinen Arbeitsplatz angeblich wegen ungenügenden Verdienstes in Posen auf und trat am 21. Mai, auf vorausgegangene Verschreibung, in der deutschen Steingutfabrik, Firma Hubbe, Neuhaldensleben in Arbeit. Seine erste Arbeit, die ihm übergeben wurde, war dieselbe, wegen welcher Mitglied schon im Jahre 1899 wegen nicht genügenden Verdienstes in genannter Fabrik den Arbeitsplatz aufgab. Mitglied übernahm am Morgen des 21. Mai die angeführte schlechtlohnende Arbeit ohne jede Widerrede. Erst im Laufe des Tages beschwerte es sich beim Oberdreher. Dieser deutete ihm an, daß er ihm schon andere Arbeit zugebacht habe, es diese also nicht lange zu machen brauche. Aber wenn es ihm (Oberdreher) in ausfälliger Weise komme, er dann keine andere Arbeit für dasselbe habe.

Mitglied erklärte hierauf diese Arbeit nicht weiter zu machen, und frag, was nun werden solle. Der Oberdreher gab ihm den Bescheid, es solle nach dem Komtoir gehen. Hierauf verließ Mitglied den Arbeitsplatz.

Ferner ergibt sich aus einem Theile des vorliegenden Materials, daß sich Mitglied bei seiner Verschreibung nach Neuhaldensleben zu der Arbeit bereit erklärt haben soll; sogar geneigt gewesen sei, solche im Lager anzunehmen.

Bezüglich dieses Angebotes zu jeder Arbeit soll erst bei dem Mitgliede angefragt werden, wie weit sich dieses bestätigt und wird Beschlußfassung solange ausgelegt, bis die Antwort vorliegt.

Sitzung vom 15. Juli 1902.

Als Verhandlungsgegenstand lag die Beschwerde des Mitgliedes 8743 (Dreher) Neuhaßensleben vor, über welche in voriger Sitzung die Beschlußfassung bis zum Eingang des Antwortschreibens des betreffenden Mitgliedes vertagt wurde. Mitglied bestätigt in seiner Antwort sich zu jeder Arbeit angeboten zu haben.

Auf Grund dieser und der in voriger Sitzung festgestellten Thatsachen hat die Kommission auf Grund des § 9 des U.-A. die Unterstützung abgelehnt.

Begründung: Die Kommission ist der Auffassung, daß derjenige, der sich zu jeder Arbeit anbietet, sich damit der Gefahr aussetzt, auch weniger lohnende Arbeiten anfertigen zu müssen, wofür auf keinen Fall der Verband die aus den Folgen entstehenden Kosten zu tragen hat.

Weiter war es unbedingt Pflicht des Mitgliedes die Anfertigung des ihm bekanntermaßen schlecht lohnenden Artikels nicht ohne jede Widerrede anzunehmen. Ferner durfte das Mitglied nach dem Kontonre mit dem Oberdreher auf keinen Fall den Arbeitsplatz ohne Weiteres verlassen, sondern mußte auf alle Fälle im Komtoir vorstellig werden.

Diese Nichterfüllung der notwendigsten Pflichten eines Verbandsmitgliedes hat die Kommission zu der Auffassung gedrängt, daß das Mitglied die Arbeit freiwillig aufgegeben hat und hat die Kommission deshalb entschieden wie oben angeführt.

Karl Blümar,
Vorstand.

Emil Hoffmann,
Schriftführer.

Aus unserm Berufe.

— Von der Aussperrung der Porzellanarbeiter in Neustadt bei Coburg. Die Aussperrung der bei Knoch beschäftigten Verbandsmitglieder ist jetzt ebenfalls zur Thatsache geworden. Am 2. August haben sämtliche am 19. Juli Verkündigten ihre Papiere erhalten mit Ausnahme der vier „Auchgenossen“ Welsch, Glaser, Bauer, Bär, welche auf ihr Koalitionsrecht verzichteten und dafür das hohe Glück genossen, für die Firma Knoch auch in Zukunft „knuffen“ zu dürfen. Im Laufe dieser Woche inspizierte der Gewerbeinspektor die Betriebe und nahm Veranlassung, einer Verständigung die Wege zu ebnen, um, wenn möglich, in letzter Minute noch den offenen Konflikt zu vermeiden. Seinen Bemühungen war es gelungen, die beiden Unternehmer Knoch und Heber, sowie den stellvert. Bürgermeister von Neustadt und den Verbandschriftführer als Vertreter des Verbandsvorstandes in seiner Gegenwart zu einer Aussprache zu vereinigen. Die beiden Unternehmer blieben auf ihrem Standpunkt stehen, für die Folge Verbandsmitglieder nicht mehr zu beschäftigen und verließen kurz nach Beginn der Verhandlungen in ostentativer Weise das Zimmer. Selbst dem zur Güte mahnenden Vorschlage des Bürgermeisters, nachdem von Seiten der Arbeiter trotz der kummerreichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse keinerlei Forderungen gestellt seien, wenigstens auf ein Jahr versuchsweise Verbandsmitglieder zu beschäftigen, wurde nicht stattgegeben. Das brutalste Ausbeuterinteresse erfordert einfach die Zertrümmerung der Organisation am Orte.

Der Kampf, welcher nun den Neustädter Berufsangehörigen aufgezwungen wurde, muß eben durchgeführt werden und nach der Stimmung derselben zu schließen, bestehen berechtigte Hoffnungen, daß es gelingt, den Sieg auf Seite der Arbeiterschaft zu ziehen. Daß die Firma Knoch in gleicher Weise, wie das Koalitionsrecht der Arbeiter, auch andere gesetzliche Bestimmungen einfach bei Seite schiebt, ist nicht gerade verwunderlich. Obwohl diese Firma wegen Kinderausbeutung bereits polizeilich bestraft worden ist, beschäftigt dieselbe nach wie vor schulpflichtige Kinder in ihrem Betriebe. Bei der in dieser Woche vorgenommenen Revision des Betriebes durch den Gewerbeinspektor sind Kinder allerdings nicht zu finden gewesen, dieselben wurden noch rechtzeitig entfernt. Am anderen Tage jedoch waren dieselben wieder am gewohnten Plage.

Diese „Hüter der Ordnung“ sind offenbar der Meinung, auf alle Gesetze pfeifen zu

können; der Herr im Hause-Standpunkt gilt nicht nur den Arbeitern, sondern auch den Stadt- und Staatsbehörden gegenüber, daß jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen unter 16 Jahren länger als 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen, gehört ebenfalls zu den Ausnahmerechten der Firma Knoch. Daß in Folge der unglaublich niedrigen Löhne, welche es einfach unmöglich machen, daß ein Familienvater auch nur das trockene Brod für eine starke Familie von seinem Verdienste beschaffen kann, die Kinder im frühesten Alter gezwungen werden, als Heimarbeiter im Dienste der beiden hiesigen Unternehmer zu fronden, sei nebenbei nur erwähnt.

Die Lebensverhältnisse der hiesigen Porzellanarbeiterschaft in ihrer ganzen Trostlosigkeit zu schildern, dürfte zu weit führen; auf jeden Fall können die hiesigen Zustände allen unseren Berufsgenossen als warnendes Memento gelten, wohin es führen muß, wenn Arbeiter es unterlassen, sich zu organisieren und sich auf Gnade und Ungnade einem raffgierigen Unternehmertum ausliefern. Die Berufsgenossen in Neustadt, welche in der kurzen Zeit der Zugehörigkeit zur Organisation die volle Bedeutung dieses Kampfes wohl nicht haben ermessen lernen, fühlen ganz instinktiv, daß es sich für sie darum handelt, durch Eroberung des Koalitionsrechtes vor der vollständigen Ausplünderung zu schützen, deshalb steht auch zu hoffen, daß dieselben ausharren werden im Kampfe, bis der Sieg ihnen zufällt.

* * *

In letzter Stunde geht noch die Mitteilung ein, daß die Firma Knoch die städtische Polizei um Hilfe angerufen hat, die „Ansammlungen“ von Porzellanarbeitern vor der Fabrik zu „sprengen“. Wir möchten die Ausgesperrten ersuchen, der Polizei keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben.

Weiter wird mitgeteilt, daß die Firma Knoch beabsichtigt, in Steinwiesen bei Proßna eine Puppenfabrik einzurichten. Es wird vermutet, daß die nach dort angenommenen Arbeiter dann als Ersatz für die Ausgesperrten in Neustadt verwendet werden sollen. Für unsere Kronacher Freunde genügt wohl dieser Hinweis, recht genau zu beobachten und event. in geeigneter Weise einzugreifen.

— Von Gotha wird uns über eine Differenz der Brenner mit der Firma Pfeiffer berichtet. Einer der Brenner ist gekündigt worden unter Umständen, nach welchen seine Kollegen Maßregelung annehmen. Der Verbandsvorstand hingegen gelangte in der letzten Sitzung zu der Ansicht, daß es sich nur um einen Irrtum des Herrn Pfeiffer handelt, den von vornherein zu beseitigen der Oberbrenner verpflichtet und in der Lage gewesen wäre. Die Brenner sollen vorstellig werden, um die Thatsachen richtig zu stellen. Um dazu beizutragen, daß die Auseinandersetzungen sich rein sachlich gestalten, hat der Vorstand beschlossen und den Brennern erklärt, daß diese für ein eventuell weiteres selbständiges Vorgehen die Konsequenzen allein tragen müßten. Hoffentlich können wir in nächster Nummer kurz und erfreulich melden: Die Differenz ist erledigt.

— Ueber die Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 30 betreffs Beachtung des § 34, Abs. 4 (rechtzeitige Einsendung der Quartalsabschlüsse und Gelder an die Hauptkasse) regt sich das Mitglied 7684 in Wittenberg derart auf, daß es einen Artikel mit Bleistift geschrieben aufs Papier geworfen hat und denselben der „A.“ einverleibt haben will. Würde Mitglied nicht die Bemerkung noch angehängt haben, daß der

Artikel, so wie er ist, aufgenommen werden soll, vielleicht hätten wir nach Streichung resp. Redigierung jener Sätze, die nur darauf hinauslaufen, dem Vorstand wieder einmal eins auszuwischen, demselben Raum gegeben. So fassen wir es kürzer und nehmen überhaupt nur Notiz davon, damit man nicht sagen kann, wir haben die Zuschrift in den Papierkorb geworfen. Mitglied 7684 staunt darüber, daß der Vorstand auf die Einhaltung statutarischer Bestimmungen dringt und meint, daß der Vorstand gar nicht mehr zu wissen scheint, wie schwer es den Mitgliedern falle, Beiträge zu bezahlen. Erst käme doch die Familie und dann der Verband, und wenn kein Geld mehr übrig sei zu Beiträgen, „so muß da mal gestundet werden“. Lieber Freund, das wird doch auch, ebenfalls nach statutarischen Bestimmungen und uns scheint, als wenn sogar der Verbandskassierer auch ein Auge noch zugeblickt hätte, da er die restierenden Zahlstellen in Nr. 31 nicht zur Veröffentlichung gegeben hat.

Bis 15 Wochen kann die Zahlstellenverwaltung die Beiträge stunden, ja, der § 6 des Statuts gestattet sogar unter Umständen noch längere Frist. Mitglied 7684 mag diesen durchlesen.

Aber alles, was recht ist, Beiträge müssen doch gezahlt werden, nicht nur deshalb, um den Verbandsbeamten Gehalt zahlen zu können, was dem Mitgliede 7684 zunächst wohl schwer im Magen liegt, sondern um den Mitgliedern ihre Rechte gewähren zu können. Alter Freund, Du hast ja selbst schon wohl mehr als Du in den Verband an Beiträgen gezahlt hast, herausbekommen (was kein Vorwurf sein soll) und wenn durch die Saumseligkeit im Beitragszahlen und Einsenden der Abschlüsse, denen Du in Deiner Erregtheit das Wort redest, die Kasse insolvent würde, wie kann sie dann den Mitgliedern, die bei Arbeitslosigkeit zc. mit Schmerzen auf ihre Unterstützung warten, gerecht werden?

Wenn Mitglied 7684 die letzten Abschlüsse der Hauptkasse nachsieht, wird er ja auf größere Posten stoßen, die dazu notwendig waren.

Die Aufforderung des Vorstandes, den § 34, Absatz 4 zu beachten, war also nur am Plage und dagegen ist zu allerletzt ein Lamento am Plage.

— Internationales. Nach einem Bericht des Gen. Tillet in dem Organ der Porzellanarbeiter von Limoges, streiten die der „Nationalen keram. Vereinigung“ angehörigen Porzellanarbeiter der Firma Bloch in Paris. Der Grund hierfür ist leider nicht angegeben.

Soziales. Gewerkschaftliches etc.

— Charlottenburg. Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hat ein Auskunftsbureau errichtet. Dasselbe befindet sich Bismarckstr. 77 bei W. Mengs. Dort wird Mittwoch und Sonnabend von 6—8^{1/2} Uhr Abends Auskunft erteilt und ebenfalls Eingaben und Gesuche unentgeltlich angefertigt. Franz Jost, Obmann.

— Eine verunglückte Staatsrettung. In Bremen bei Baugen hielten die dort arbeitenden Porzellandreher (Margarethenhütte) eine Versammlung ab, die auch glatt verlief. Der diese Versammlung überwachende Gendarm Hüttig war indes unbegreiflicherweise zu der Annahme gekommen, es sei kein Bureau gewählt worden. Nach seiner Meinung lag hier ein strafbarer Vorstoß gegen den § 4 des Versammlungsgesetzes vor, weshalb er Anzeige erstattete. Es kam auch zu einer Verhandlung vor dem Schöffengericht in Baugen, wo allen Ernstes in peinlichem Verhör zu ermitteln

Hoffmann

versucht wurde, ob ein Bureau gewählt worden sei oder nicht. Der Gendarm behauptet, es sei keins gewählt worden, die Versammlungsteilnehmer bekundeten jedoch auf das bestimmteste das Gegenteil. Das Gericht hielt aber den schwerwiegenden Fall noch nicht für genügend geklärt. Es wurde ein neuer Termin anberaumt und dazu sämtliche Teilnehmer der Versammlung, etwa 10 Mann, geladen. Alle Zeugen bekundeten jedoch einstimmig, daß ein Bureau gewählt worden wäre und die Anzeige des Gendarmen falsch sei. Der eifrige Ordnungshüter mußte darauf selbst zugeben, daß er sich geirrt haben könnte. Unter solchen Umständen blieb natürlich auch einem sächsischen Gerichte nichts übrig als die Freisprechung der angeklagten Versammlungsleiter.

Dieser Staatsrettungsakt ist sehr bezeichnend für die Ausübung des Aufsichtsrechts über Versammlungen durch die Behörde. In Arbeiterversammlungen hat man bisher noch immer, selbst in kritischen Fällen, den Mut gehabt, Bureauwahl vorzunehmen und deshalb immer dem § 4 des Versammlungsgesetzes, der Bureauwahl vorschreibt, genügt. Wie steht es aber in dieser Beziehung in Versammlungen der Ordnungsparteien aus? Dort gehört es zu den Seltenheiten, wenn einmal ein Bureau gewählt wird. Wenn nun aber gar eine Anzahl Arbeiter in der ordnungsparteilichen Versammlung sind, wird aus Furcht, es könnte ein Arbeiter ins Bureau kommen, wohl fast nie Bureauwahl vorgenommen. Unsere Gegner — und darin unterscheiden sich Konservative und Nationalliberale um nichts von den Antisemiten und Freisinnigen — bringen meist einen Vorstehenden mit, der ohne weiteres die Glocke schwingt, sich für den Vorstehenden erklärt und wohl auch von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen droht. In solcher Weise kommt das Bureau in den meisten ordnungsparteilichen Versammlungen zustande. Es hat schon förmliche Kämpfe in solchen Versammlungen um die Bureauwahl gegeben, die leider zum meist ergebnislos waren oder mit der Auflösung der Versammlung endeten. Aber noch niemals ist es unseres Wissens vorgekommen, daß solch ein nationalliberaler, konservativer oder antisemitischer Versammlungsleiter zur Verantwortung gezogen oder gar vordem Richter zitiert worden wäre. Kein Staatsanwalt und kein Polizist erblickte bisher in einem solchen Verfahren einen strafbaren Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, obwohl es zweifellos einer ist. Und jetzt sehen wir, daß sich einmal ein Gendarm nur einbildet oder durch irgend welchen Umstand in den Irrtum versetzt worden ist, eine kleine hebeutungslose Arbeiterversammlung habe unterlassen ein Bureau zu wählen und wir sehen Staatsanwalt und Richter in eifrigster Betätigung, das Verbrechen zu sühnen.

So bedeutungslos an sich der Vorgang vor dem Bankner Schöffengericht ist, so bezeichnend wird er für die Ausübung des behördlichen Ueberwachungsrechts, sobald man Vergleiche zieht.

Sächs. Arb.-Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau. Wir kamen bei unserer Berichterstattung wiederholt auf Ursachen zu sprechen, welche die gegenwärtige Krise nicht so einheitlich verlaufen lassen, wie man das als Kennzeichen und Wesen jeder Krise zu betrachten gewöhnt ist.

Als eine der Ursachen hoben wir hervor, daß der engere und allumfassendere internationale Verkehr immer stärker Länder in Zusammenhang bringt, die ihre selbstständige, besondere Wirtschaftsbewegung besitzen und behalten, daß somit der Niedergang in dem einen Wirtschaftsbereich häufig durchkreuzt und gemildert wird durch die fortbestehende oder sogar noch zunehmende günstige Konjunktur eines anderen Landes, das dem Waarenverkehr statt der sonst um sich greifenden Stockung weiter ein offenes Abfallfeld bietet.

Ein schlagendes Beispiel dafür gewährte in den letzten Monaten der Eisenmarkt. Der europäische Mittelpunkt hierfür ist auch heute noch England. England erfreute sich jedoch auch im zweiten Quartal des laufenden Jahres 1902 noch immer einer verhältnismäßig vorzuehlichen Lage; von einer Verminderung des Umlages war noch nichts zu spüren, im Gegenteil, beim Rohisen zeigte sich noch immer eine Vermehrung der Erzeugung sowohl wie der Ausfuhr. Da anderwärts, vor allem auf dem europäischen Kontinent, eine schwere Depression, in den Preisen sowohl wie im Absatz, herrscht, so hat in England manches fremde Produkt Unterschluß und Rettung gesucht und gefunden. Selbst aus Canada und dem südlichen Rußland hat England Rohisen aufgenommen und ohne dauerndere Störungen verbaut. Fast man die Bissen für Roh- und Stabeisen, für un- bearbeiteten Stahl zusammen, so betrug im ersten Halb- jahr Englands Einfuhr:

1900	116 327 Tonnen
1901	168 499 "
1902	325 098 "

Der Preisstand blieb dabei trotzdem ein guter, zum Teil sogar ein steigender. Schottische Rohisen-Marrants notierten Anfang April 53 sh, Anfang Juli 56 sh; die Marke „Middlebrook“ stieg von 47 auf 51 sh; dabei sind die Vorräte keineswegs beträchtliche, so daß auch die „Erwartungen“ vorläufig nichts von einer Beunruhigung verrathen. Das Alles ist natürlich nicht ohne Einfluß a. f. den Verlauf der kontinentalen Krise.

Als wirksamste Hemmung bei dem Abschnurren des ganzen Naderwerks der Krise funktionieren jedoch weiter die Vereinigten Staaten. Bei ihnen beschäftigt sich auch von Neuem die an dieser Stelle so oft hervor gehobene Warnung vor der Ueberhäufung des „Export“ zuwachses. Als vor ein paar Jahren Amerika plötzlich beträchtliche Massen von Eisen und Eisenerzeugnissen nach Europa warf, schrie man hier auf über den unüberstehtlichen Wettbewerb. Seitdem hat nicht nur die „Ueberhäufung“ aufgehört, sondern Europa hat in zunehmendem Maße nach den Vereinigten Staaten importiert. Das amerikanische Finanzjahr schließt bekanntlich mit dem 30. Juni ab, so daß die vollständigen Jahresziffern im Augenblick noch nicht verfügbar sind. Für die ersten elf Monate (also 1. Juli bis Ende Mai) ergeben aber die amerikanischen Handelsziffern für Eisen und Stahl:

	Einfuhr Dollars	Ausfuhr Dollars
1900	18 689 857	110 038 876
1901	16 408 096	100 483 837
1902	28 544 826	90 780 571

1900 hatten demnach die Vereinigten Staaten auf diesem Gebiete die größte Ausfuhr, aber nicht in Folge einer plötzlich zum Durchbruch gelangten produktiven Ueberlegenheit, sondern einfach wegen des heranziehenden und ausgebrochenen Newyorker „Krauchs“, der — wenn auch nur auf kurze Zeit — die Preise in Amerika niederwarf, während Europa sich noch im wirtschaftlichen Aufschwung befand und durch hohe Preise gerade die amerikanische Waare anzog. Und wie damals für Europa das Wachsthum der Einfuhr aus Amerika die Wirkung unserer günstigen Sonderstellung war, so ist es jetzt umgekehrt in den Vereinigten Staaten: Die wachsende Zufuhr des europäischen Erzeugnisses, die abnehmende amerikanische Ausfuhr zeigt an, wie hoch das amerikanische Marktiveau über dem europäischen steht, nachdem drüben das erste Krisenunwetter rasch wieder verflohen, auf dem europäischen Festland dagegen zum vollen Ausbruch gelangt ist. Ganz klar kommt diese Erkenntnis auch in dem letzten Bericht der Iron and Steel Association zum Ausdruck: „Ein deutlicher Umschwung hat sich in unserem Auslands-Handel in Eisen und Stahl vollzogen, seitdem wir diese Thatsachen ausführlich in unseren Jahresberichten von 1899 und 1900 darstellten. 1899 und in der unmittelbar vorangegangenen Zeit prosperierten die Eisen- und Stahlgewerbe Europas in ganz ausnahmsweiser Kraft; die Nachfrage war lebhaft, die Preise waren hoch. Dagegen standen kurz vor 1899 in den Vereinigten Staaten die Preise von Eisen und Stahl niedriger als je zuvor. Unter solchen Voraussetzungen ergriffen wir natürlich die Gelegenheit, unsere überschüssigen Eisen- und Stahlerzeugnisse auf den neutralen Märkten unterzubringen, und sogar auf den heimischen Märkten unserer europäischen Konkurrenten. Aber diese Voraussetzungen sind innerlich andere geworden. Die Nachfrage und die Preise in Europa sind gesunken und die heimische Nachfrage ist für unsere eigenen Eisen- und Stahlwerke mächtvoll gewachsen, während unsere Preise emporgesunken sind. Daher stärkerer fremder Wettbewerb auf den neutralen Märkten und vermehrte fremde Konkurrenz auf unserem eigenen Markte.“

Auch hier wird des Lebens ungemischte Freude nicht ewig anhalten. Doch vorläufig sind die Vereinigten Staaten noch nicht von dem allgemeinen Krachgang erfaßt, und soweit sie ein Abnehmer Europas geblieben und geworden sind, mäßigen sie zweifellos bei uns das Krisenfever.

Damit soll selbstverständlich in keiner Weise gesagt sein, daß diese Wirkung besonders tief gehe und daß der allgemeine Krankheitsprozeß durch solche Hindernismittel zum Stillstand kommen könne.

Manche Erfahrungen der letzten Zeit haben sogar

den pessimistischen Anschauungen neue Nahrung zugeführt. So zeigte beim Halbjahresabluß der Wochenbericht der Reichsbank, daß unsere „Geschäftswelt“ — d. h.: das Unternehmertum in Produktion und Handel — noch immer aufs Neueste alle Hülfsmittel des Kredits anspannen muß, um sich über die kritischen Termine der Zahlungsabwickelungen hinweg zu helfen. Man schuldet Zinsen, Mieten, die vollen Äquivalente oder die vereinbarten Raten für Rohstoffe, Arbeitskräfte, Maschinen, Gebäude, aber man kann das marktferlige Erzeugniß, das die Zahlungen decken soll, garnicht oder nur mit wachsenden Schwierigkeiten in bares Geld umwandeln; die „Eingänge“ stocken, während die Ausgaben nicht warten wollen. Daher die kampfstarke Finanzpolitik des Kredits, in erster Linie auch des Wechselkredits, der unter diesen Umständen bei den großen Banken zeitweilig höhere Bissen ergiebt als in den Zeiten der Geschäftshochfluth mit ihren ganz unvergleichlich höheren Baarenumsätzen und Zahlungen. So ergiebt denn der Reichsbankausweis vom 30. Juni folgende Beträge der Wechselrechnungen in der bedeutsamen letzten Juniwoche:

gute Zeit	1898	134,19 Mill. Mk.
	1899	82,85 " "
	1900	142,21 " "
Krauchjahr	1901	286,47 " "
	1902	187,19 " "

Die Differenz von 1901 kann noch am wenigsten übersehen; hier war die Panik infolge der Bankzusammenbrüche noch vorherrschend; die Bankhäuser und Privatbanken zogen eingeräumte Kredite zurück und blieben für die kreditsuchenden Fabrikanten und Händler zugeknöpft als früher; um so lebhafter mußte die helfende Thätigkeit der Reichsbank, der großen Zentralbank für Geld und Kredit im Deutschen Reiche, einspringen, um das künstliche Kartenhaus der gegenseitigen Zahlungsbeziehungen nicht ganz umwerfen zu lassen. Für das laufende Jahr hätte man diese Anspannung wohl als beendet ansehen sollen; aber ganz im Widerspruch dazu sehen wir einen stärkeren Andrang der Wechselrechnungen als selbst in der besten Zeit 1898 bis 1900. Einige Millionen mag man dafür in Rechnung stellen, daß die fortbestehende Mangelhaftigkeit der anderen Banken manches Kreditverlangen an die zentrale Reichsbank verweist, das sonst bereits bei den Zwischenstellen zur Erledigung gekommen wäre. Trotzdem hat der Reichsbankausweis wie ein Signal zu weiterer Wachsamkeit und Vorsicht gewirkt. (Schluß folgt).

Versammlungsberichte etc.

Huppelsdorf. Einen recht imposanten Verlauf nahm die am 29. Juli im Weberschen Saale statt gefundene öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung, in welcher unser Verbandsführer Gen. Schneider aus Charlottenburg über die Aussperrung der Ruffstädter Genossen referierte. Er freilich war dieselbe recht stark besucht und hatte sich auch eine große Anzahl indifferenten Arbeiter aus den hiesigen Fabriken eingefunden welche den gebiegenen Ausführungen des Referenten mit regem Interesse folgten.

Gen. Schneider gestellte in einer einstündigen Rede das feivole Vorgehen dieser beiden Unternehmer, welche sich nicht scheuen, wegen nur allzu gerechter Forderungen ihrer Arbeiter, denselben ihr Koalitionsrecht illusorisch zu machen. Trotzdem diese „Herren im Hause“ schon Hungerlöhne bezahlen, verlangen dieselben noch den Austritt aus der Berufsorganisation und dieses Gebahren des hiesigen Unternehmertums unterfällt noch eine ferulle freisinnige Presse und sucht den Arbeitern bei jeder Gelegenheit Fußtritte zu versetzen und dieselben in der gemeinsten Art herabzuwürdigen. Bedauerlicherweise würden aber trotzdem diese Organe von den Arbeitern vorzugsweise gelesen; letztere aus jeder Arbeiterwohnung zu verbannen, müßte daher die heiligste Aufgabe eines jeden Genossen sein. Im Weiteren suchte Gen. Schneider den uns noch fernstehenden den Wert und Nutzen einer Berufsorganisation klarzulegen, und kritisierte zugleich den hierorts noch vorherrschenden Indifferentismus, mit diesem endlich aufzuräumen und die bisherige Lässigkeit abzutreiben, müßte doch bei jedem einigermaßen denkenden Arbeiter geradezu als Pflicht betrachtet werden.

Für die vortrefflichen Ausführungen erntete Genosse Schneider reichen Beifall, und konnte man die Wahrnehmung machen, daß die Worte bei Manchem Eingang gefunden hatten. Die darauf folgende Diskussion war eine rege und förderte dieselbe Manches zu Tage, was für diesen und jenen Unternehmer gerade nicht schmeichelhaft war. So wurde speziell ein plumper Unternehmer, welcher von der Firma Heubach schon seit Jahren angewandt wird, scharf verurtheilt. Um nicht von der Deffinitheit als direkter Preisdrücker festgenagelt zu werden, vergrößert derselbe von Jahr zu Jahr ihre Puppenköpfe, der Preis hierfür bleibt jedoch der alte und ist dieses Größenverhältniß anderen Firmen gegenüber ein bedeutendes. Um nun einigermaßen konkurrenzfähig bleiben zu können, sind die anderen Unternehmer geradezu gezwungen, diesen Eric nachzumachen. Der Arbeiter ist selbstverständlich der Dumme und muß um einen einigermaßen auskömmlichen Verdienst zu erzielen, die Arbeitszeit dementsprechend verlängern. Hoffentlich lernen diese Arbeiter einsehen, daß nur durch

Anschließen an die Organisation, diesem schädlichen Treiben Einhalt geboten werden kann.
Nach beendeter Diskussion nahm Gen. Schneider das Schlusswort und richtete an die Versammlung den Appell, die Ausständigen moralisch, sowie finanziell zu unterstützen, und nicht doch nun endlich die uns noch fernstehenden zu der Einsicht gelangen, daß einzig und allein die Organisation im Stande ist, in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen eine Besserstellung herbeizuführen.

Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme:

„Die am heutigen Tage stattgefundenene öffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Gen. Schneider voll und ganz einverstanden und protestiert ganz entschieden gegen das Vorgehen der beiden Firmen Gebr. Knoch und Gebr. u. Co. in Neustadt. Ferner erklärt sich dieselbe bereit, die Ausständigen genannter Firmen moralisch sowie finanziell zu unterstützen.“

Mit einem Hoch auf die Organisation wurde die Versammlung geschlossen.

Erstgenannt. Die Versammlung vom 30. Juli, welche der wichtigen Tagesordnung wegen stark besucht war, befaßte sich hauptsächlich mit dem Austritt bzw. Ausschluß einiger Mitglieder von der hiesigen Zahlstelle. Die Versammlung beschloß deren Namen in der „A.“ zu veröffentlichen. Es sind ausgetreten: Josef Reber, Michel Reber, Christoph Reber, sämtlich Dreher; Johann Fenzel, Johann Wolfrum, beide Maler. Sie haben uns den Rücken gekehrt, angeblich wegen allzu hoher Beitragszahlung. (?) Ausgeschlossen resp. wegen Resten gestrichen, wurden Johann Forger, Konstantin Spelle, Max Neurer, sämtlich Maler. Ob diese nicht klüger und schöner gehandelt hätten unsere Sache zu unterstützen, wollen wir anderen Kollegen zur Beurteilung überlassen. Allen aber hat die Krone aufgesetzt und ist zur besonderen Beachtung empfohlen der auch Kollege Adam Freimer. Diese Angelegenheit wurde lebhaft diskutiert. Derlei habe es verstanden, eine ziemliche Summe (ca. 70 Mk. unseres Wissens) an Unterstützung aus dem Verbands herauszuholen und schließlich erklärt er, nachdem er aufgefordert wurde sein Verbandsbuch zu übergeben resp. seinen Rest zu begleichen, ich bezahle überhaupt nichts mehr. Er hat der Zahlstelle Moschenborn einen Beitragsrest hinterlassen um uns zu beglücken. Wir weinen ihm zwar keine Thräne nach, aber unsere Taktik werden wir einem solchen gegenüber einzurichten wissen. Wahrscheinlich glaubt dieser auch Kollege hier einen festen Stützpunkt zu haben; nun, wir werden ja sehen, wie sein weiteres Betragen noch ist. Die Versammlung hat einstimmig erklärt, einem solchen gegenüber energisch aufzutreten, der das Personal in Gasthäusern heruntersetzt, Titulaturen beilegt, welche hier nicht anzuführen möglich sind. Das auf diese Weise auch die Firma in ein unhöfliches Licht kommt, wird wohl jeder einsehen. Die Versammlung beschloß zu Punkt Adam Freimer den Vorstand von dieser Sache in Kenntnis zu setzen und einen Antrag gemäß denselben nie wieder in den Verband aufzunehmen. Nachdem die Zahlstellenverwaltung den Punkt „Pflichtversicherung“ zur Durchführung brachte, schloß der Vorsitzende mit einem kräftigen Appell an die Mitglieder die Versammlung.

Literarisches.

— Von der **Hütte**, Zeitschrift für das Volk und seine Jugend (Dresden, Verlag S. Walffisch) ist soeben das 9. Heft erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Die Mutter. Novelle von Georg Freiherrn von Dmpfeda. Die Entstehung der Sächsischen Schweiz. Von Wilhelm Bölsche. — Die Abigenler. Freie Dichtungen von Nikolaus Lenau. (Fortsetzung) — Im Hamburger Waisenhaus. Erinnerungen eines ehemaligen Bögling. — Ist die soziale Frage eine Bildungsfrage? Von Heinrich Schulz, Magdeburg. — Veränderte Welt. Gedicht von Nikolaus Lenau. — Der Sieg des Schwachen. Erzählung von Melchior Meyr. (Schluß.) — Heber Landtschaftskunst. Von Walter Hofmann. — Kunstbelle: Walbinneres. Von Otto Fischer.

— Dem Gedächtnis des jüngst verstorbenen als Redner bekannten Schriftstellers **Manfred Wittich** gewidmet hat der Verlag von Rich. Lepinski, Leipzig, Langestr. 27, eine Postkarte herausgegeben, die nach einem Pastellbild das wohlgetroffene Bild W.'s wiedergibt. Im gleichen Verlag sind auch neue, in sechs Farben gehaltene Ansichtspostkarten mit den guten Porträts von Bebel und Liebknecht und Marx und Lassalle, sowie eine dem Komponisten von: „Ein Sohn des Volkes“ und anderer beliebter Volksweisen Heinrich Pfeil gewidmete Ansichtspostkarte erschienen. Preis jeder einzelnen Karte 10 Pfennig. Partiele billiger.

Versammlungskalender.

Berlin, Charlottenburg, Vorstandssitzung, Dienstag, 12. August, Abends 8 Uhr bei Fischbach, Marchstraße 24.

Arzberg, Sonnabend, 9. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Berlin I, Montag, den 11. August bei Blum, Schönhauser Allee 70.

Berlin II, Sonnabend, 9. August bei Wollschläger, Adalberstr. 21. Tagesordnung: Geschäftlich-s. Vorschläge der Lohnkommission zur Verbesserung unserer Erwerbsverhältnisse. Verschiedenes.

Kanfenhain, Sonnabend, 16. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Bonn, Sonntag, 17. August im Vereinslokal, Charlottenburg, Sonnabend, 9. August, Abends 8 Uhr im Volkshause.

Cöln-Ehrenfeld, Montag, den 11. August, Abends 8 1/2 im Vereinslokal bei Theodor Draaf, Welterstraße. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen Aller notwendig.

Soldich, Sonnabend, 9. August im „Sächsischen Hof“, Saalstube. Erscheinen Aller ist Pflicht.

Elgersburg, Sonnabend, Abends 8 Uhr im „Fürstenthor“. Wegen Festsetzung der zukünftigen Beiträge ist das Erscheinen Aller notwendig.

Frankfurt a. M., Dissenbach, Sonnabend, 9. August, Abends 1/9 Uhr im Lokale G. Wertheim, Sachsenhausen, Große Rittergasse 56.

Freienoria, Sonnabend, 9. August im Vereinslokal.

Gotha, Sonnabend, 9. August, Abends 8 Uhr in der „Schulung“.

Gräfenroda, Sonntag, 17. Juli, Nachmittags Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokal. Rechnungslegung. Verschiedenes.

Erstgenannt, Sonnabend, den 9. August im „Schützenhause“. Einzahlung der Beiträge. Wegen Wahl eines Vorsitzenden werden sämtliche Mitglieder ersucht, zu erscheinen.

Erstgenannt, Sonnabend, 9. August, Abends 8 1/2 Uhr bei Strecker. Wegen Neuwahl eines Vereinslokals ist das Erscheinen Aller notwendig.

Gausen, Sonntag, 10. August, Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal bei Schütz zu Unnersdorf. Einzahlung der Beiträge. Anträge und Verschiedenes. Alle erscheinen.

Geiersbach, Sonntag, 17. August, Nachmittags 3 Uhr bei Fr. Griebel in Goldlauter. Das Erscheinen Aller ist notwendig.

Girschau, Sonnabend, 9. August, Abends 8 Uhr im Lokale von G. Sparer. Sämtliche Mitglieder haben zu erscheinen.

Ilmenau, Sonnabend, 16. August im „Erbspringen“.

Kahlau, Sonnabend, 9. August, Abends 8 Uhr im „Rosengarten“.

Kloster Beyra, Sonnabend, den 9. August, Abends 8 Uhr bei Wiking. Alle erscheinen.

Kolmar, Sonnabend, 19. Aug., (?) Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Der wichtigen Tagesordnung wegen „Alle auf Deck, das Schiff hat 'n Deck“.

Kangewiesen, Sonnabend, 9. August, Abends 9 Uhr in der „Centralhalle“.

Neuhaldensleben, Sonnabend, 16. August im Versammlungslokal.

Nürnberg, Sonnabend, 30. August im „Felsen“, Fabrikstraße. Vortrag des Gen. R. Fischer über: „Buchdruckerkunst“. Es wird gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.

Rosslau, Montag, 11. August im Vereinslokal. Wichtige Tagesordnung. Vortrag des Reichstagsabg. Peus über: „Der Wert des Geldes“.

Schwarz (Saalbahn), Sonnabend, 16. August, Abends 1/9 Uhr im Vereinslokal. Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht.

Schönwald, Sonnabend, 9. August, Abends 8 1/2 Uhr bei Wegert. Stellungnahme zum Antrag Fürstenthor. Alle erscheinen. (Bitte diesen „Antrag“ auch mitzubringen. D. Red.)

Spandau, Sonnabend, 9. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Stadtilm, Montag, 11. August, Abends punkt 1/2 Uhr im „Schlepphaus“.

Tettau, Sonnabend, 9. August bei Geß. Es ist dringend notwendig, daß sich alle Mitglieder des Quartalsabschlusses wegen einfinden.

Uhlstädt, Sonnabend, 9. August, Abends 8 Uhr bei Pfister.

Unterhau, Sonnabend, 9. August, Abends 8 Uhr im „Waldborn“. Die Versammlungen finden regelmäßig am Sonnabend vor dem 15. des Monats statt.

Unterperlich, Sonnabend, 9. August, Abends 8 Uhr im Vereinslokal.

Zell, Sonntag Vormittag 10 Uhr im Vereinslokal „Bäckerhof“. Alle haben zu erscheinen.

Adressen-Nachtrag.

Frelenoria, Raff.: Anton Sacher, Dreher.
Schedowitz, Raff.: Kurt Reich, Dreher, Alte Lengenfelderstr. 94e. Revif.: Arthur Kades, Maler, Schulstr. 5.

Schramberg, Raff.: Albert Fehrenbacher, Hölle.

Sterbetafel.

Cöln-Ehrenfeld. Hermann Roden, Porzellanmaler, geb. zu Ressenich h. Bonn 31. Dezember 1865, gest. zu Cöln-Ehrenfeld 31. Juli 1902 an Lungenschwindsucht.

Dresden. Gustav Findeisen, Dreher, geb. 6. Mai 1866, gest. 11. Juli 1902 an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 2 Jahre 37 Wochen.

Karl Seyne, Dreher, geb. 1. Januar 1847, gest. 19. Juli 1902 an Lungenschwindsucht. Letzte Krankheitsdauer 1 Jahr 23 Wochen.

Schramberg. Mich. Lamprecht, Dreher, gest. 30. Juli 1902 nach 72wöchentlicher Lungentuberkulose im Alter von 71 Jahren. Verbands-Beihilfefondmitglied.

Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen.

Emil Böhme

Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiede und alle goldhaltigen Sachen.

Reelle und pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekt. Aeltestes Geschäft dieser Art.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe u. s. w. werden aufgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pf. erstanden. Sendungen werden schnell erbetigt. **H. Haupt, Dresden-A.** Hammerstr. 12.

Goldschmiedere

goldhaltige Lappen und Flaschen kauft zu hohen Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. **Oskar Kottmann, Stadtilm, Thür.**



Otto Seifert

Zwickau S., Osterwobstr. 18

la. cohte Pariser Pinsel empfiehlt Anton Müller, Fraureuth b. Werdau i. S.

Hausen. An Unterstützung für das kranke Mitglied Peter Wättner gingen von der Zahlstelle Rosslau 5.— Mk. ein. Besten Dank **Anton Hammer, Raffiner.**

Unterpörlitz. Die Mitglieder, welche noch Beiträge restieren, haben dieselben bis Sonnabend, den 9. August zu begleichen, widrigenfalls unbedingt Streichung erfolgt. Auch zahle ich nur noch Unterstützung an reisende Mitglieder Abends in meiner Wohnung aus und nicht mehr in der Fabrik. **G. Reinhardt.**

Arbeitsmarkt.

Suche zum sofortigen Eintritt einige **jüngere Schriftsetzler**, welche an sauberes und exaktes Arbeiten für **Post- und Reklameschilder** gewöhnt sind, auf Stück oder Lohn. Stellung dauernd. **Oscar Winter, Emailwerk.** Hannover, Arndtstraße 21.

Lediger Emailmaler

bisher in Ofen- und Herdfabriken sowie in Lackwarenfabriken (Ofenschirmen und Rohlentasten) thätig, sucht dauernde Stellung. Offerten unter **K. L. E.** an die Red. d. Bl.

Drucker, welcher in allen Arbeiten bewandert ist, sucht sofort oder später Stellung. Offerten unter **F. K.** an die Red. d. Bl.